

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Probandschrift: Tagesblatt Niesä.
Gernsuf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Niesä, des Finanzamts Niesä und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gröda.

Postkontor: Dresden 1530
Verlags-Nr. 22.

Nr. 177.

Dienstag, 1. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Dringelohn. Einzelnummer 2.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 6.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Niesä. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Gedächtnis an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Niesä. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Niesä; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Niesä.

Gaspreiserhöhung.

Anfolge der erneut eingetretenen außerordentlichen Erhöhung der Kohlenpreise und der Arbeitslöhne usw. haben wir und genötigt gesehen, unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1922, auf Grund von § 8 der Gasbezugsordnung für das städtische Gaswerk in Niesä in der Fassung des 4. Nachtrags vom 31. 12. 1919 folgendes zu bestimmen: Vom 1. Juli 1922 ab wird der Bezugspreis für 1 cbm Gas (durch Gasmesser bezogen) auf 9.— M. für Automaten gas auf 9.30 M. erhöht.
Die neuen Preise gelten ohne weiteres für alle Gasabnehmer, die nicht beim Eintritt der Preisänderung den Gasverbrauch einstellen und dies vorher behufs Abperrung der Privatgasleitung der Gaswerksverwaltung schriftlich angezeigt haben.
Der Rat der Stadt Niesä, am 31. Juli 1922.

Bekanntmachung des Rates der Stadt Niesä.

Zum Schutz der allgemeinen Ernährungswirtschaft und zwecks Einschränkung der überhandnehmenden Felddiebstähle wird bekanntgegeben, daß strenge Verstrafung bis zu 600 M. oder Haft bis zu 14 Tagen schon derjenige vom unterzeichneten Rat zu erwarten hat, der unbefugt Gärten oder vor beendeter Ernte bestellte Aecker oder Wiesen, Weiden oder Schomngen betritt, gleichviel ob sie mit Einkriegelung versehen sind und ob ihn Betreten durch Warnungstafeln ausdrücklich unterlagt ist oder nicht.
Der Rat der Stadt Niesä, den 31. Juli 1922.

Die deutsche Antwort an Frankreich.

Nach den Berliner Morgenblättern hat das Reichskabinett gestern den Wortlaut der Antwortnote an Frankreich festgelegt. Die Note wird heute dem französischen Ministerpräsidenten überreicht und dann veröffentlicht werden. Die Reichsregierung nimmt in ihrem Antwortschreiben eine positive ablehnende Stellung ein, sondern erklärt vor allem, daß nach ihrer Auffassung die Frage der Ausgleichszahlungen von den in Betracht kommenden Regierungen gemeinsam geregelt werden müsse und die Reparationsfrage losgelöst von der Behandlung der Ausgleichszahlungen nicht getrennt werden könne.

Im Zusammenhang mit der ablehnenden Antwort der französischen Regierung auf das Gesuch Deutschlands, die aus dem Clearingverfahren erwachsenen Kosten herabzusetzen, heißt die „Vorwärts“ fest, daß der Gesamtbedarf Deutschlands an Goldbeispielen auch ohne Reparationsleistungen, ohne Besatzungskosten und die Kosten für das Ausgleichsverfahren die Einnahmen Deutschlands an Goldbeispielen übersteigt. Allein durch die Gestaltung der Handelsbilanz ist die Zahlungsbilanz heute mit mehr als einer Milliarde Goldmark passiv.

Die englische Antwort auf die Note vom 14. Juli.

Aus Berlin wird gemeldet: Die am 31. Juli eingegangene an den deutschen Botschafter in London gerichtete Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Note vom 14. Juli wegen Zahlungen im Ausgleichsverfahren ist datiert vom 26. Juli und lautet wie folgt: Ich bedauere mich, den Empfang der Note Eurer Exzellenz Nr. A 1454 vom 14. Juli zu bestätigen, welche sich auf die Zahlungen bezieht, zu denen Deutschland gegenüber den alliierten Ausgleichskräften und nach Abschnitt IV des Teiles X aus dem Vertrag von Versailles verpflichtet ist. Die Regierung Ihrer Majestät nimmt an, daß eine gleiche Note an die anderen beteiligten Regierungen gerichtet worden ist und beabsichtigt, die in Ihrer Note aufgeworfenen Fragen baldigst mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um zu gegebener Zeit in Gemeinschaft mit den anderen alliierten Mächten der Deutschen Regierung eine Antwort zu erteilen.

Die Antwort der belgischen Regierung ist ebenfalls eingegangen. Sie hat folgenden Wortlaut: Die belgische Regierung wird sich über den Antrag auf Herabsetzung der zu zahlenden Entschädigungssumme sowie über den Antrag auf Ermäßigung des Moratoriums äußern. Sie bestätigt schon jetzt ihren Willen, den Reparationszahlungen gemäß dem Vertrag das Vortrecht vor allen übrigen Lasten des Reiches zu geben.

Der Bericht des Garantiekomitees.

Dieses meldet offiziell, daß im Gegensatz zu den Bittermeldungen der letzten Tage das Garantiekomitee den Wortlaut seines Berichts über die deutsche Finanzlage und zweckmäßige Abhilfemaßnahmen noch nicht endgültig festgelegt hat. Das ziemlich umfangreiche Schriftstück werde also frühestens am Dienstag der Reparationskommission übergeben werden. Der „Temps“ behauptet, daß der Bericht des Garantiekomitees keinen Plan zur Sanierung der deutschen Finanzen enthalten werde. Er solle lediglich die bereits veröffentlichten Texte und besonders das Memorandum erläutern.

Die Londoner Konferenz.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Am Sonnabend hatte der französische Botschafter in London eine längere Unterredung mit Lord Balfour, dem er in der Form, die der Botschafter entwarf, die Antwort Poincarés auf die britische Mitteilung bezüglich der nächsten interalliierten Zusammenkunft übermittelte. Der Botschafter deutete an, daß eine französisch-englische Besprechung vor dem 15. August als eine dringende Notwendigkeit angesehen werde, damit die Reparationskommission am 15. August in der Lage sei, auf das deutsche Gesuchen um ein Moratorium zu antworten und entweder das Gesuchen abzulehnen oder die Einzelheiten bezüglich der Dauer des Moratoriums und dessen Bedingungen festzusetzen. Poincaré behaupte die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die sich aus der italienischen Ministerkrise ergeben haben. Er habe jedoch nicht alle Hoffnung aufgegeben, daß eine Lösung erreicht werde. Jedenfalls dulden die oben erwähnten Angelegenheiten keinen Aufschub. Poincaré würde es sehr begrüßen, wenn ein belgischer Vertreter und vielleicht der italienische Botschafter in London von Großbritannien eingeladen werden könnten, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. In allererster Linie aber schiene ihm ein Meinungsaustrausch zwischen Lloyd George und ihm selbst erforderlich zu sein. Der Korrespondent fügte hinzu, die englische Antwort auf den Schrift des französischen Botschafters erfolge wahrscheinlich Montag oder heute Dienstag. Auf französischer Seite hoffe man, daß das Datum für die nächste Woche vereinbart wird.

Neuer erzählt, daß Lloyd George Poincaré eingeladen habe, sich mit ihm am 7. August in London zu treffen. Lloyd George schlage vor, die Beratungen auf die Reparationsfrage zu beschränken. Es heißt, daß auch Italien und Belgien eingeladen werden sollen, Vertreter zu entsenden.

„Le Nouvelle“ schreibt, wenn die dem Blatte zugegangenen Informationen richtig seien, beabsichtigt der französische Ministerpräsident, dem Rate der Alliierten eine Finanzierung vorzuschlagen. Aber wenn man sich seiner Ansicht nicht anschließen oder wenn Deutschland ihm ein Non Voluntas entgegensetze, sei er entschlossen, in kürzester Frist zu Sanktionen, selbst zu militärischen Überzügen. Poincaré wurde sehr beeinflusst durch Gerüchte, die ihm aus gewissen parlamentarischen Kreisen zugehört wurden. Er wolle um jeden Preis etwas tun. Wenn er mit dem positiven Teile seines Planes unterliege, glaube er, daß ihm nichts übrig bleibe, als eine harte Karte auszuspielen.

Vanderlip über seine Europafahrt.

Frank Vanderlip sandte, wie den Berliner Blättern aus München berichtet wird, zum Abschluß seiner Europafahrt einen ausführlichen Kabelbericht über seine Eindrücke an 19 der größten Zeitungen der Vereinigten Staaten. Es sei daraus Folgendes wiedergegeben: Ein Weltfrieden wurde in Paris geschlossen. Dieser Friede entbehrt jedes Atoms von Gerechtigkeit und jeder Hoffnung auf Bräderlichkeit, von der Wilson träumte. Warum stellt England nicht ein Programm für den Wiederaufbau Europas auf und drückt es dann durch? Was ist für den wahren Grund der Halb- lähmung des britischen Nationalgeistes, das gab mir den größten Schlag von allem, was ich in Europa kennen lernte, nämlich Buldoggenland hat Angst vor 2700 französischen Flugzeugen. Buldoggenland hat 800000 verschiedene Gründe für seine Furcht vor der französischen Seemacht.

Die bayerische Frage.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt, daß der Montag keinerlei Entscheidung brachte. Der bayerische Ministerrat tagte wohl am Vormittag. Er befaßte sich aber nicht mit Vorschlägen, die die bayerische Regierung nunmehr als Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten zu geben hätte. Wie man hört, wird Ministerpräsident Graf Verdenfeld am Donnerstag dem Kabinett seine Vorschläge unterbreiten. Vom Ausgang dieser Beratungen im Ministerrat wird es abhängen, wann der Ministerpräsident in Unterhandlungen mit den Parteien über die Abfassung der Antwort eintreten wird.

Der bairische Staatspräsident Dr. Dummel, der gestern in München eintraf, hatte eine längere Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verdenfeld. Wie die Korrespondenz Hoffmann amtlich meldet, handelt es sich um einen privaten Besuch, der schon vor längerer Zeit angefündigt war und in keinem Zusammenhang mit der Ministerpräsidentenzusammenkunft in Weisbach steht. Staatspräsident Dr. Dummel wird die Gewerbeschau in München besichtigen und sich zu privaten Zwecken auch nach dem bayerischen Oberland begeben.

Die „Münchener Zeitung“ schreibt, daß die Frage der Erweiterung der Regierungskoalition in Bayern durch den Eintritt der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei neuerdings in ein akutes Stadium zu treten scheint. Anzeichen seien dafür vorhanden, daß man sowohl bei der Mittelpartei, als auch bei der Bayerischen Volkspartei, wenigstens bei einem Teil der maßgebenden Kreise auf eine baldige Lösung dieser Frage Wert lege.

Sachsen und Bayern.

Im „Dresden. Anz.“ lesen wir: Eine hiesige Korrespondenz verbreitet unter ausdrücklicher Bezugnahme auf eine unterrichtete Seite als Quelle über die Rückwirkung des bayerischen Streikfalles auf Sachsen und andere deutsche Länder folgende Ausführungen:

„Die sächsische Regierung hat sich bisher mit der durch Bayerns Vorgehen geschaffenen Reichskrise noch nicht befaßt und wird hoffentlich infolge rechtzeitigen Nachgebens in München dazu auch keine Veranlassung mehr haben. Jedenfalls wird das Vorgehen Bayerns in Dresden inner- und außerhalb der Regierungskreise einstimmig verurteilt. Es besteht völlige Übereinstimmung darüber, daß es sich hier um einen Präzedenzfall handelt, bei dem es nur eine klare Entscheidung zugunsten des Reiches geben darf. Sollte wider Erwarten dem Reich nicht sein Recht werden, dann darf man sich außerhalb Sachsens — in Berlin so wenig wie in München — wundern, daß die Hemmungen, die bisher der sächsischen Regierung auferlegt waren, schwächer werden und vielleicht ganz fortfallen. Das aber würde nichts anderes bedeuten, als den Widerstand der sozialistisch regierten Staaten Mitteldeutschlands gegen das

Reich in grundsätzlichen Fragen härten und fördern. Wiederholt sind die Regierungen dieser Länder in solchen Fragen unterlegen und haben sich dessen bedienen, ohne den verhängnisvollen bayerischen Weg zu beschreiten.“

Der neue Markkurs.

In der großen Entwertungskrise haben wir mitten drin. Die Mark kurz und kurz, die Unruhe wird täglich stärker und die Spannung zwischen Stunden ist so stark, daß der Devisenverkehr einem Glücksspiel ähnlich sieht. Die Gründe — man hat es schon lange aufgeben müssen, bestimmte Gründe für die Kursbewegung zu suchen. Wenn man glaubt, die französische Drohnote sei an der neuen Markverflechtung schuld, so müßte entsprechend die Mark wieder steigen, sobald die erste Erregung vorüber ist, zumal England, Belgien und Italien den französischen Standpunkt nicht zu dem ihren machen. Aber es ist nicht die einzelne Erscheinung, sondern die Gesamtpolitik der Entente, in der noch immer Poincaré die ausschlaggebende Rolle spielt und die Entscheidungen sich versögern und nirgend eine Möglichkeit der rechtzeitigen Rückkehr zu einer vernünftigen Politik zu ersehen ist, darum verbleiben sich die Verhältnisse in Deutschland, wird der Markkurs kopflos hinuntergetrieben, daher ist es auch unendlich, der wirtschaftlichen Vorkensbewertung irgend etwas entgegenzusetzen. Man spricht heute von Regierungsmaßnahmen in Deutschland. Wir glauben kaum, daß die Regierung in der Lage ist, auch nur den innerdeutschen Devisenhandel zu beeinflussen. Verbote würden gar nichts nützen und nicht durchzuführen sein. Vorkensbeschränkungen vergrößern nur die Unsicherheit und — wenn etwas Weltweites von deutscher Regierungsseite geschehen könnte — sie ist schon seit jeher so intensiv bemüht gewesen, den Markkurs zu stützen, so wäre es sicher geschehen. Seit Ende Mai, wo der Dollar auf 309 Mark stand, ist die Entwertung so erschreckend geschwind fortgeschritten, daß heute jeder Tag die Größe einer neuen Verflechtung bedeutet. Am 1. Januar ds. J. stand der Dollar noch unter zweihundert, jetzt vor einem Jahre auf 309, 67, also in einem Jahre etwas über achthundert Prozent gestiegen. In dieser Entwicklung kann es nicht mehr lange dauern, bis die Mark überhaupt nicht mehr notiert wird. Deutschland gleitet mit furchtbarer Geschwindigkeit in ökonomische Zustände hinein. Der französische Frank, in dem es heute schon kräftig wie bei uns vor etwa zwei Jahren, muß in absehbarer Zeit den gleichen Weg folgen, wenn die Zustände nicht grundlegend gestiftet werden.

Die Bedrohung Konstantinopels durch die Griechen.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, am 29. v. Mts. habe der englische diplomatische Vertreter in Athen die griechische Note empfangen, die sich auf eine Besetzung Konstantinopels durch griechische Truppen bezieht. Am gleichen Tage habe der britische Vertreter in Athen entsprechend den aus London eingegangenen Instruktionen die griechische Regierung vor den ersten Folgen gewarnt, die ein derartiger Schritt nach sich ziehen würde. Der griechische Minister des Auswärtigen habe darauf die bestimmte Versicherung abgegeben, daß die griechischen Streitkräfte keineswegs ohne die Erlaubnis der Alliierten in die neutrale Zone einzürücken würden. Auf eine Anfrage, ob Aussicht dafür bestehe, daß alle Signatarmächte des Vertrages von Sevres baldmöglichst zu einer Konferenz zusammengerufen würden, erwiderte Lloyd George, eine derartige Konferenz sei augenblicklich nicht in Aussicht genommen. Dagegen sei eine Zusammenkunft der interessierten alliierten Hauptmächte mit den Regierungen von Athen, Konstantinopel und Angora in Aussicht genommen.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Minister des Auswärtigen dem Oberkommissar eine Note überreicht, die genaue Mitteilungen über die griechischen Truppenzusammenschlüsse an der thrakischen Grenze enthält. In der Note wird die Hoffnung ausgedrückt, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um eine etwaige Besetzung der Neutralität Konstantinopels, die durch die Großmächte proklamiert worden sei, zu verhindern.

„Daily Chronicle“ schreibt: Selbstverständlich können die Alliierten die Besetzung Konstantinopels durch die Griechen nicht dulden. Indessen müßte man Verständnis für ihre Verbitterung haben. Die Griechen hätten die Friedensvorschläge der Alliierten angenommen, die Alliierten nicht. Die Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten bedeutet zweifellos eine indirekte Unterdrückung der Türken. Ferner hätten die Alliierten den Türken dadurch geholfen, daß sie die Friedensverhandlungen nicht genügend förderten, aber die Wiederaufnahme des Krieges durch sie gebildet werden. Es sei daher notwendig, daß die Alliierten gemeinsam energischer Maßnahmen ergreifen, um die Lage zwischen den kämpfenden Parteien ins Gleichgewicht zu bringen und den Frieden wiederherzustellen. — „Daily Telegraph“ erwähnt die Griechen zur Geduld und

ragt, im Verlaufe des Jahres werden gewisse Faktoren der Schwäche, die sich bereits in der Lage der Remonten zeigen, härter hervortreten. Die Remonten und bolschewistischen Eifersüchtler seien von politischen Zusammenhängen bedroht. Sollten die Entente-Diplomaten die Festsetzung des Friedens in Kleinasien nicht erreichen, würde es am besten sein, wenn alle alliierten Unterzeichner des Vertrages von Sevres, nicht nur die Alliierten zu einer Konferenz zusammenberufen würden, da die Möglichkeit eines Trüdes auf die Türkei viel größer wäre, wenn die interessierten Völkernationen nicht zu Rate gezogen würden.

Die drohende Kohlenkatastrophe.

Der amerikanische Kohlenarbeiterstreik hat die deutsche Kohlenlage indirekt noch weiter verschärft, denn er hat zur Folge, daß die englische Kohle, durch die wir den dringendsten Bedarf unserer Industrie, wenn auch unter sehr erheblicher Aufwendung von Geld und Auslandsdevisen hätten decken können, und für die nächste Zeit auch noch abgeschnitten wird. In der letzten Sitzung des Reichskohlenrats hat dessen Geschäftsführer Verghauptmann Benhold die Lage der deutschen Kohlenversorgung als katastrophal bezeichnet. Nach den Berechnungen dieses im höchsten Grade sachverständigen Beurteilers fehlen uns nach dem Fortfall der oberirdischen Förderung gegenüber der Förderung des Jahres 1913 jährlich 33 Millionen Tonnen Kohle, die durch Einfuhr gedeckt werden müssen, wenn die deutsche Kohlenversorgung wieder in normaler Weise gesichert sein soll. Daran ist aber heute um so weniger zu denken, als die heutige deutsche Valuta und die Einfuhr derartiger Kohlenmengen auch dann nicht gestattet würde, wenn die englische Kohle, die als Einfuhrkohle hauptsächlich für uns in Frage kommt, nicht unter dem Druck des zahlungsfähigeren Dollars nach Amerika abfließen würde.

Gefährdet sind neben der Versorgung der deutschen Produktion das gesamte Verkehrswesen und die Heizung im kommenden Winter. Von der Reichsbahn ist mitgeteilt worden, daß ihre Kohlenvorräte im Lößeltal für den Bedarf von 16 Tagen ausreichen. Nur im besetzten Gebiet hat auf Befehl der Besatzungsbehörden ein Vorrat für 40 Tage angesammelt werden müssen, was natürlich nur auf Kosten des übrigen Deutschlands möglich war. Die deutschen Elektrizitätswerke und Gasanstalten, die schon heute nur aus Knappheit mit Kohlen versehen sind, müssen mit einem Verlegen der Kohlenzufuhr im kommenden Winter rechnen. Die Verbraucher von Hausbrandkohle sind durch einen Aufruf des Reichskohlenkommissars aufgefordert worden, sich jetzt schon, so gut sie können, mit Auslandskohle, Rohbraunkohle und Torf einzudecken. Das ist bei den heutigen Verhältnissen leichter gesagt als getan, und man wird in den betroffenen Bevölkerungsteilen den „guten Rat“ des Kohlenkommissars angehts des herrschenden Kohlenmangels und der ungeheuren Teuerung vielleicht eher als eine Verhöhnung als eine Hilfe ansehen.

Da schon heute das Gespenst der Kohlennot in seiner ganzen Größe dem deutschen Volke vor Augen steht, hat die Reichsregierung sich erklärlicherweise bemüht, eine Herabsetzung der Reparations-Kohlenlieferungen von der Entente zu erreichen. Der Verfallener Vertrag gibt uns ausdrücklich ein Recht, eine solche Milderung zu verlangen, wenn unsere eigene Versorgung in Gefahr ist. Aber was dieser Schandvertrag als Rechte Deutschlands bezeichnet, sind eben immer nur Scheinrechte. Wir haben ein Recht zu verlangen, aber die Entente lang dieses Verlangen ablehnen und unsere Rechte mit Füßen treten. Das hat sie auch in der Frage der Kohlenlieferungen wieder in schroffer Form getan. Sie hat nach der Abtretung Oberschlesiens die deutschen Kohlenlieferungen für die Monate August bis Oktober in einer Höhe festgesetzt, durch die weder der Verlust des größten Teils des ober-schlesischen Produktionsgebietes noch die Verminderung der Förderung des Ruhrgebietes in angemessener und gerechter Weise berücksichtigt wird. Der Reichskohlenrat hat soden eine Entschließung an den Reichskanzler gerichtet, in der das neue Kohlenreparationsprogramm für unerfüllbar erklärt und seine Ablehnung durch die Reichsregierung gefordert wird. Gleichzeitig hat der Reichskohlenkommissar durch eine vorläufige Bekanntmachung die Kohlenausfuhr aus Deutschland weitgehend verboten, die Einfuhr dagegen begrenzt zugelassen. Aber diese letztere Maßnahme erfolgt in einem Augenblick, in dem auch die Weltkohlenlage infolge des amerikanischen Streiks fast ganz geschnitten ist. England, das als Kohlenausfuhrland hauptsächlich in Betracht kommt, hat im ersten Halbjahr 1922 fünfmal soviel Kohlen ausgeführt, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Infolgedessen sind die Kohlenpreise in England stark gestiegen und werden in nächster Zeit noch weiter emporgedrückt werden. Dadurch wird natürlich der Kurs der Mark auch von Seiten der Kohle her auf schwerste geschädigt, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo eben so wie für die Reparationszahlungen auch für Kohlen-

preise aus dem Ausland keine Trolchen mehr durchzuführen sind. Auch in der Frage der Kohlenlieferungen betrauert die Entente hartnäckig ein Einklinken und eine vernünftige Ermäßigung ihrer übertriebenen Forderungen. Die Wirkung kann nur die sein, daß dem Bankrott der Reparationszahlungen der der Kohlenlieferungen für die Wiederherstellung, dem Zusammenbruch der deutschen Währung der der ganzen Wirtschaft folgen wird.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die erste Verhandlung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik findet unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt, des Leiters der Kriegsschuldbildungsprozesse, am 10. August statt. Als Richter nehmen die Reichsgerichtsräte Niebuhr und Dr. Baumgarten, außerdem der frühere Reichskanzler Fehrenbach, die Reichstaatsminister Hermann Jaeger und Erkelenz teil. Verhandelt wird zunächst gegen den Reichsrat Karl Laun-Hilfen und Genossen, den Kaufmann Julius Mengert-Münberg, den Kapitän Ewald Werken-Damburg, den Kaufmann Georg Buehler-Opura, den Studenten Rolf Bacher-Dehlerberg und Genossen und gegen den Landwirtschaftsbevollmächtigten Rudolf Bente-Greifsmald.

Sozialdemokratischer Parteitag für Groß-Berlin. Am Montag fand ein sozialdemokratischer Parteitag für Groß-Berlin statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Bildung der zwischen den Fraktionen der S.P.D. und der U.S.D. zustande gekommenen Arbeitsgemeinschaft gebilligt und die Auflösung ausgesprochen wird, daß es bald geschehen möge, die der organisatorischen Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien etwa noch im Wege stehenden Hindernisse hinwegzuräumen. Dagegen wird jede Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei abgelehnt und auf das entschiedenste auch ein Zusammengehen mit einzelnen kleinen Parteien und Gruppen verurteilt.

Der angeklagte Student Werner Heise, der feinerzeit verhaftet worden war, weil er unmittelbar nach der Bekanntgabe der Ermordung Rathenaus im Reichstag dem Abgeordneten Helfferich einen Blumenkranz mit einer schwarz-weiß-roten Schleife überbracht hatte, dann aber wieder freigelassen worden war, ist am Sonnabend aus neue verhaftet worden, und zwar wegen Teilnahme an dem Attentat auf Rathenau.

Grenzübergang durch die Polen in Oberschlesien. Im westlichen Teile des ober-schlesischen Kreises Karnowitz fand nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ eine Grenzübergang durch polnisches Militär und polnische Polizei statt. Auf die Meldung von dem Ueberflusse rückte deutsche Schutzpolizei heran. Die Polen traten darauf den Rückzug an. Ein Grenzarbeiter soll von ihnen mit Karabinern bedroht worden sein.

Vom Völkerbund. Aus Genf wird gemeldet: Die Kommission zum Studium der Frage der intellektuellen Zusammenarbeit wird am Dienstag im Sekretariat des Völkerbundes ihre erste Sitzung abhalten. Die Kommission setzt sich aus 12 Mitgliedern zusammen, darunter 2 Frauen. Deutschland wird durch Albert Einkeil vertreten sein. — Im englischen Unterhause fragte Wedgwood an, ob der Premierminister bereit wolle, welche Haltung die englische Regierung bezüglich der Zulassung Deutschlands in den Völkerbundsrat einnehme.

Das Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaus. Wie die Berliner Morgenblätter berichten, kündigt der Reichstagsausschuß für die Ausführung des Friedensvertrages gestern dem Entwurf der Bestimmungen für das Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaus zu. Diese bereits vom Reichsrat genehmigten Bestimmungen erreichen durch die Zustimmung des Ausschusses Gesetzeskraft. Die Bestimmungen sehen die Zahlung einer Summe von 150 Millionen Mark an den Verband deutscher Luftfahrzeugindustrieller vor. Mit dieser Zahlung sollen sämtliche Ansprüche an das Reich auf Grund des Gesetzes über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaus abgegolten werden. Entschädigt werden sollen nur die Herstellungskosten, nicht auch der entgangene Gewinn.

Dollarkurs. An der Berliner Börse nahm am Montag die schon am Ende der vorigen Woche aufgekommene Devisen-Panik ihren Fortgang. Der Dollar setzte bei sehr fester Tendenz mit 635 ein. Die Prager Krone wurde mit 1500 genannt.

Ententemärchen über die Reichswehr. Der frühere französische Kriegsminister Leclerc greift die vor einigen Tagen von der „Daily Mail“ verbreitete Denunziation auf, wonach man in die Reichswehr junge Leute von 19 und 20 Jahren ohne Ermächtigung ihrer Eltern einstellt und, nachdem man sie lange Zeit ausgebildet habe, wieder aus der Reichswehr austreten lasse, weil sie die Mündigkeit noch nicht erlangt haben und infolgedessen ohne Zustimmung ihrer Eltern den Eintritt in die Reichswehr nicht ermöglichen könnten. Leclerc beauptet, daß diese Entdeckung auf den englischen Oberst Morgan, der der Rottel-Kommission angehört, zurückzuführen sei. Leclerc erklärt,

der Oberst werde noch weitere Entdeckungen derselben Art machen. Man nimmt an, daß man sich einem Plans gegenüber befindet, der es gestattet könnte, eine beträchtliche Anzahl von Rekruten auszubilden und diese auch — Leclerc weiß aber nicht auf welche Weise — sofort während dieser Jahre nach ihrer Verabschiedung immer wieder einzuberufen.

Sum 11. August. Der „Vorwärts“ schreibt: Die innerpolitischen Kriegen haben es leider verhindert, daß der Reichstag vor den Ferien den Beschlüssen über die Nationalfeiertage verabschiedete, aber trotzdem wird der 11. August im ganzen Reich gefeiert werden. In Berlin findet am Vormittag des 11. 8. eine Feier im Reichstage statt, bei der, wie bereits bekannt, der babische Staatspräsident Hummel die Festrede halten wird. Während der Feier im Reichstage wird die Musikkapelle einer Reichswehr-Ehrenkompanie vor dem Hause konzertieren. Für den Abend ist im Staatstheater eine feierlichere Feier vorgesehen, zu der der Reichspräsident die Einladungen ergehen läßt. Von der republikanischen Jugend wird ein Festzug geplant, der vor dem Staatstheater enden soll. Wie in Berlin, so werden auch im Lande die Staatsbehörden den 11. August durch einen Festakt feierlich begehen. Ueber die Feiern in den Schulen schweben noch Verhandlungen, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen werden.

Republik Österreich. Die neue österreichische Verfassung wird die Einführung der Abgabepflicht für die Exportgüter, das Verbot des freien Handels in ausländischen Zahlungsmitteln und das Verbot des Kronenverkaufs an das Ausland vorsehen. Das den Ausländern bisher zugestandene freie Veräußerungsrecht über ihre Kronenobligate bleibt ihnen gewahrt. Dagegen ist die Erteilung von Kronenobligaten jeglicher Art den Ausländern wie bisher verboten.

Italien. Die Regierungskrisis. Nachdem die Sozialisten den Vorschlag Orlando's abgelehnt haben, mit den Faschisten oder der Rechten in Kombinationen einzutreten, hält man den Versuch Orlando's, ein Kabinett zu bilden, für gescheitert. Der Kammerpräsident de Nicola hatte eine lange Unterredung mit de Facta, dessen Rückkehr für möglich gehalten wird. Der König empfing Montag früh Facta. Es wird berichtet, daß er ihm die Bildung des Kabinetts angeboten hat. Facta behielt sich die Antwort vor. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Facta trotz geringer Neigung die Aufgabe nicht ablehnen wird, um die gegenwärtige Lage zu klären. Wenn es, wie man glaubt, zu einer Entscheidung kommen sollte, wird Facta, wie man als sicher annimmt, das Kabinett mit den Demokraten, der katholischen Volkspartei und der Rechten unter Beibehaltung mehrerer seiner bisherigen Mitarbeiter und seines früheren Programms bilden. Facta hatte im Laufe des letzten Tages mit Vertretern der verschiedenen parlamentarischen Gruppen Besprechungen. Die Sozialisten drohen mit dem Generalstreik, wenn die Krise nicht auf Grund der von der Kammer angenommenen Tagesordnung gelöst wird. Tittoni wurde gestern vom König empfangen.

Amerika. Die Streikfrage. Neuter meldet aus New-York, in Kreisen, die genaue Kenntnis über die Streikfrage hätten, werde berichtet, daß über die Friedensbedingungen im Eisenbahnerstreik infolge der Bemühungen des Präsidenten Harding bereits eine Einigung erzielt worden sei. Es bleibe zur Beendigung des Streiks nur noch übrig, daß die Bedingungen auf der Versammlung der Aktionsausschüsse der Eisenbahner und auf der Versammlung der Streikführer in New-York bzw. in Chicago angenommen würden.

Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 1. August 1922.

* Kartoffelversorgung. Auf die Bekanntmachung des Rates in Nr. 174 des Tageblattes vom 28. Juli 1922, Kartoffelversorgung betr., nach der Verabschiedung am Montag, den 7. und Mittwoch den 9. August vormittags zwischen 7,8 und 12 Uhr im Rathaus zu erfolgen hat, wird nochmals verwiesen.

* Diebstähle. In der Zeit vom 29. Juli abends 6 Uhr bis 31. Juli früh 7 Uhr sind am hiesigen Eisbaal, unterhalb der Dampfstraße von Gehr. Schönher, von dem dort befindlichen Umbau der Eisenbahnanlagen nachfolgende Gegenstände gestohlen worden: 1 neue Eisenbahnwelle 2,50 m lang, 1 Stück Eisenbahnwelle, 1,80 bis 1,50 m lang, 20 Stück Krampenplatten, 1 Stück Dersplatte P. 1, 3 Stück 82, 3 Stück Knaggen, 103 Va, 111 C3 Va, 1 V C3 Va geschnitten, 3 Stück Knaggen mit 2 Löchern, 15 Stück halbe Platten mit 2 Löchern, 5 Stück Rollen mit Schraubengewinde, 3 Stück starke Schrauben, 30 Stück Schraubenköpfe. Von sachlichen Wahrnehmungen wolle man der Polizei Mitteilung machen.

* Naturfreunde dürfte interessieren, daß auf dem Blonierübungsplatz bei Neumeda kurz vor Wänsingen eine vollständig weiche Haubenlerche (ausgesprochener Albino) wiederholt geflüchtet wurde. Kürzlich sah ein hiesiger Einwohner anscheinend dieselbe Lerche mit 4 Jungen, von

Geläufte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

Das Zimmer enthielt in einer Ecke ein Bett, in der anderen einen Strohsack, auf dem zwei dünne Kissen und eine wollene Werddecke lagen, in der Mitte stand ein kleiner, runder Tisch und auf diesem ein mit Weizensträußchen gefüllter Korb. Ein kleiner Ofen, einige Stühle und ein schmales Schränkchen vervollständigten das Mobiliar; an den gelächsten Wänden hing das Fragment eines alten, zerbrochenen Spiegels und die eingerahmte Urkunde über eine Kriegsbekämpfung.

Zwei Knackstöpfe Knaben im Alter von neun und sieben Jahren hatten sich beim Eintritt des Arztes schon in eine Ecke gesüßigt; sie guckten ängstlich den alten Herrn an, der sich rasch dem Bette näherte.

„Sein Blick fiel auf das starre Antlitz einer — Leiche; die Gille kam zu spät!“

„Mutter schläft!“ sagte einer der Knaben zu seiner Schwester.

Doktor Grollinger brückte die gebrochenen Augen zu und erloschte die Hand des Mädchens, ihm voll herzlichster Teilnahme in die weitgeöffneten Augen schauend, die mit bangter Erwartung auf ihn ruhten.

„Ja, mein armes Kind, Deine Mutter schläft, aber sie wird nicht wieder erwachen,“ sagte er bewegt, „verstehst Du das?“

Dann aufschreiend warf das Mädchen sich über die Leiche, die es mit seinen Armen umschlang; die beiden Knaben blickten einige Sekunden lang den Doktor stumm an, dann brachen auch sie in lautes Weinen aus.

Der alte Herr ließ sich auf einen Stuhl nieder und stützte das Kinn auf den Knopf seines Rohrstohls.

„Das sind die Schattenkisten unseres schweren Antes,“ murmelte er, „sie werden selten durch eine frohe Stunde aufgewogen. Keine Kinder, wer behütet Euch nun? — Doch richtig, das Mädchen sprach von der Tante Koch; wenn das die Krankenwärterin aus meinem Hospital ist, dann wird die brave Frau sich wohl der Waisen annehmen. Aber

das arme Weib hat ja selbst zum Leben kaum genug. — Na, na, Marie, tröste Dich, es ist nun einmal nicht anders — Eure Mutter bittet nun im Himmel für Euch; sie hat alle Schmerzen überstanden.“

„Tot?“ fragte eine Stimme hinter ihm.

Doktor Grollinger wandte sich um; ein schmerzliches Wäheln glitt über sein trennherziges Gesicht, als sein Blick auf die noch ziemlich junge Frau fiel, die auf der Schwelle des Zimmers stand und in deren Arme das schluchzende Mädchen sich warf.

„Ich kam zu spät, Frau Koch,“ sagte er mit einem bedauernden Achselzucken; „es war überhaupt keine Rettung möglich. Sie werden das längst erkannt haben.“

„Ich wußte es,“ bestätigte sie, während sie das Mädchen an sich drückte und voll inniger Teilnahme die weinenden Knaben anblickte. „Es war auch nicht mein Wille, daß Sie belästigt werden sollten, denn was hier geschehen konnte, das hat der Armenarzt gewissenhaft getan. Aber die kleine Marie hat so lange, daß ich wohl einjah, sie würde sich nicht beruhigen.“

„Sie müßten doch wissen, daß ich für Arme stets zu sprechen bin,“ fiel er ihr mit leisem Vorwurf in die Rede. „Sie hätten getrost das Kind schon früher zu mir schicken sollen. Sie wohnen hier?“

„Die zweite Tür nebenan.“

„Können Sie die Kinder diese Nacht zu sich nehmen?“ „Gewiß, ich brauche nur den Strohsack, das Lager der beiden Knaben hinter zu tragen, Marie kann in meinem Bett schlafen, ich habe in dieser Nacht die Wache im Spital.“

„Können Sie die Kinder jetzt entlassen? Ich möchte einige Worte mit Ihnen allein reden.“

„Geht in mein Zimmer hinter,“ wandte die Wärterin sich in freundlichem Tone zu dem noch immer schluchzenden Mädchen, und sofort, ohne Widerrede, führte Marie ihre beiden Brüder hinaus, die willig Folge leisteten.

„Sie sehen, die Kinder sind gut erzogen,“ sagte die Wärterin leise, als die Tür sich hinter ihnen geschlossen hatte; „obgleich die arme unglückliche Frau krank war, verfaßte sie doch nichts, was zum besten ihrer Kinder dienen konnte.“

„Und was wird nun aus ihnen werden?“ fragte der alte Herr.

„Das mag der liebe Himmel wissen, Herr Doktor!“

„Wo ist der Vater?“

„Im Gefängnis.“

„Ah, da haben wir's!“

„Richten Sie nicht gleich so scharf,“ bat die Wärterin; „ich hätte den armen Mann nicht beurteilt, wenn ich sein Richter gewesen wäre. Anton Wernit hat seine Familie redlich ernährt, er ist immer fleißig und ehrlich gewesen, und als Zimmermann verdiente er genug, um die Seinen erhalten zu können. Im vorigen Jahr fand er keine Arbeit, ich weiß nicht, wie das kam. Man sagt wohl, wer Arbeit suche, der könne sie auch finden, aber Wernit fand sie eben nicht. Eine Weile ging es noch, aber als die kleinen Gesparnisse aufgebraucht, und die überflüssigen Sachen in's Pfandhaus gebracht oder verkauft waren, da brach das Elend herein. Die Frau war krank, der Mann verdiente nichts, und die Kinder schrien nach Brot, Wernit wollte Wernit nicht, und die Armenverwaltung sagte ihm, er sei fleißig und könne arbeiten, da hat er denn in seiner Verzweiflung gestohlen, um seinen Kindern Brot zu kaufen. Und da er das Stehlen nicht verstand, so wurde er auch gleich beim ersten Male erwischt und ins Gefängnis gebracht und das Gericht verurteilte ihn zu sechs Monaten. Nun mußte freilich die Armenverwaltung sich der hungernden Familie annehmen, hätte sie es früher getan, so wäre des braven Manns ehrlich geblieben.“

„Ist die Strafszeit bald abgelaufen?“ fragte der Doktor.

„Morgen oder übermorgen.“

„Können die Kinder so lange hier bleiben?“

„Wer sollte sie hinaustrreiben? Die Miete ist bis Ende dieses Monats bezahlt, Schulden sind nicht vorhanden, solchen armen Menschen borgt ja niemand. Aber ich glaube auch, daß kein Pfennig da ist, und was der Blumenhandel abwirft.“

„Nichts davon!“ unterbrach Doktor Grollinger die Wärterin, während er seine Börse aus der Tasche holte, „das Mädchen mag jede andere Beschäftigung ergreifen, nur nicht diese, die es auf die Bahnen des Lastes und des Verderbens führt.“

denen viel kleiner, jedoch nicht ganz weißes Getreide
seigen. Sie halten sich in der Nähe der jetzt im Abbruch
befindlichen Kofematten auf, in Gesellschaft normal ge-
schätzter Tiere.

Die neue Getreideumlage. Die Nach-
richtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Die von Sachsen
im kommenden Erntejahr auszubringende Getreideumlage
beträgt rund 20000 Tonnen weniger als im Vorjahre.
Eine weitere Herabsetzung ist leider nicht erreichbar ge-
wesen. Immerhin gestattet schon diese Verminderung er-
freulicherweise eine fühlbare Entlastung aller Kommunal-
verbände gegenüber dem Vorjahre und überdies eine weit-
gehende Berücksichtigung der ungünstigeren Ernteaussich-
ten dieses Jahres in einigen Teilen des Landes; dies
gilt besonders für das Erzgebirge und das Vogtland, doch
hat auch eine Reihe von Kommunalverbänden des Nieder-
landes in ihrem Umlagefall ganz bedeutend herabgesetzt
werden können. Nach dem neuen Reichsgetreidegesetz und
den Ausführungsbestimmungen, die das Reichsstatistik-
amt unter Mitwirkung des Landesstatistikamtes dazu er-
lassen hat, haben die Kommunalverbände grundsätzlich ihre
Umlage nach der als Ackerland genutzten Fläche auf die
Gemeinden unterzuteilen. Zweck dieser Vorschrift ist, die
Landwirte gleichmäßig an der Aufbringung der Um-
lage teilnehmen zu lassen, gleichviel, ob sie mehr Ge-
treide oder mehr andere Feldfrüchte anbauen. Mit Zu-
stimmung ihrer Verteilungsausschüsse können die Kom-
munalverbände aber auch einen anderen Verteilungsmach-
stab anwenden. Bei Festsetzung des Umlagefußes der ein-
zelnen Erzeuger ist den Unterschieden der Pflanzbarkeit,
wie sie sich aus den Gesamtverhältnissen der Betriebe,
insbesondere ihrer Größe, den Bodenverhältnissen usw.,
ergeben, Rechnung zu tragen. Betriebe, von nicht mehr
als 5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche besitzend,
sind von der Umlage überhaupt frei. Hierfür ist schon bei
der Festsetzung des Umlagefußes der Kommunalverbände
Rücksicht genommen und bei der Unterverteilung auf die
Gemeinden Rücksicht zu nehmen. Neu ist die Vorschrift,
daß sowohl die Kommunalverbände wie die Gemeinden bei
der Verteilung ihres Umlagefußes einen Ausschuss der Er-
zeuger zuzusetzen haben. Der Ausschuss soll bei den Kom-
munalverbänden aus mindestens fünf, bei den Gemeinden
aus mindestens drei Erzeugern bestehen. Für den Kom-
munalverband wählt ihn dessen Vertretung aus einer ihm
vom Landesstatistikamt einzureichenden Vorschlagsliste von
mindestens zehn Erzeugern. Für die Gemeinde ist der Aus-
schuss von den Erzeugern aus ihrer Mitte zu wählen.
Durch das Nicht- oder nicht rechtzeitige Zustandekommen
eines Verteilungsausschusses darf jedoch die Verteilung nicht
aufgehalten werden; Umlagefuß, Lastung und Ertrag-
pflicht der Beteiligten werden hierdurch nicht berührt.
Gegen die Festsetzung ihres Umlagefußes steht vor-
bisher den Erzeugern die Beschwerde zu, über die ein Kom-
munalverband zu bildender Beschwerdeausschuss entscheidet.
Ruch die Pflicht zur Ertragsleistung für nicht rechtzeitig
abgefertigtes Getreide ist im wesentlichen in gleicher
Weise geregelt wie für das laufende Wirtschaftsjahr. Die
Umlage ist von den Kommunalverbänden zu einem Drittel
bis zum 31. Oktober 1922, zu einem weiteren Drittel bis
zum 15. Januar 1923 und mit dem letzten Drittel bis
zum 28. Februar 1923 an die Reichsgetreidekasse zu le-
fern. Der Preis für das erste Drittel beträgt bekanntlich
für Roggen 6900 Mark, für Weizen 7400 Mark, für
Gerste 6700 Mark, für Hafer 6600 Mark je Tonne. Für
das zweite und dritte Drittel legt die Reichsregierung
die Preise nach Anhörung eines Ausschusses fest. Werden
die Preise für das zweite und dritte Drittel der Umlage
erhöht, so ist für die hierauf vor der Erhöhung ge-
liefernten Mengen der Unterschied zwischen dem neuen und
dem gezeichneten Preise nachzuzahlen. Der Landwirt, der
sein Umlagegeld vor Ablauf der Fristen erfüllt, erleidet
also keinen Nachteil.

**Landwirtschaftliche Warenbörse
zu Großenhain.** Es wurden notiert (nichtamtlich) am
Sonntag, den 29. Juli 1922: Weizen 1200/1240, Roggen
alt 900/920, Roggen neu 800/840, Hafer 1050/1100,
Sommergerste 1100, Wintergerste 880/950, Mais 1100,
Maiskörner 1150, Kleie 750, Roggen- und Weizenstroh 170,
Haferstroh 190, Heu 600, feinste Ware über Notiz. Die
Preise verstehen sich für den Zentner in Mengen unter
5000 Kilogramm.

Lipinski beurlaubt. Minister Lipinski ist
vom 30. Juli bis 9. September beurlaubt. Seine Ver-
tretung hat Ministerpräsident Sud übernommen. Dienst-
liche Besprechungen sind während dieser Zeit nicht an die per-
sönliche Adresse des Ministers zu richten.

Englischer Besuch in Dresden. Vor
einigen Tagen besuchte durch Vermittlung des Auswär-
tigen Amtes und des Reichsarbeitsministeriums ein von
einem Mitglied der britischen Botschaft in Berlin geleiteter
viertägiger Ausschuss des englischen Parlaments, der
sich zur Zeit über die in Deutschland getroffenen Einrich-
tungen der Schwerkraftmaschinen-Unterrichtsstellen
auch die Kreisverhältnisse für Schwerkraftmaschinen, G. m. b. H.,
Dresden, Plautscher Straße, um gegenseitig die auf die-
sem Gebiete in Deutschland gemachten Erfahrungen für
England auszufragen.

**Ein Strafantrag gegen die „Sächsische
Landeszeitung“.** Minister Lipinski hat dem Ober-
reichsanwalt Strafantrag gegen den verantwortlichen
Schriftleiter der „Sächsischen Landeszeitung“ in Dresden
wegen angeblicher Beschimpfung usw. gestellt. — Auf
Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom
26. Juni zum Schutze der Republik hat nunmehr der
Oberreichsanwalt und nach Befinden der Staatsgerichtshof
darüber zu entscheiden, ob eine im Sinne der erlassenen
Verordnung beantragte strafbare Handlung vorliegt.

**Die sächsischen Hausbesitzer gegen den
Gesetzentwurf über Mieterschutz und Mietungsänderungen.**
In einer Eingabe richtet der Verband der Sächsischen
Hausbesitzervereine e. V. in Dresden an den Reichstag
die Bitte, den Gesetzentwurf über Mieterschutz und Miet-
ungsänderungen abzulehnen.

**Im Präsidium des Sächsischen Staats-
rechnungshofes** steht ein Wechsel bevor. Präsident
Dr. Wähle tritt voraussichtlich zum 1. Oktober in den
Ruhestand. Schon im Dezember vorigen Jahres sollte er
in den Ruhestand versetzt werden. Da aber die Mitglieder
der damaligen Oberrechnungskammer den Richtern gleich-
gestellt waren, für die erst in diesem Monat ein Alters-
grenzengesetz geschaffen worden ist, erklärte der Disziplinar-
hof die Pensionierung Dr. Wähles für ungültig. Inzwischen
ist nicht nur eine Altersgrenze von 65 Jahren für die
sächsischen Richter geschaffen worden, sondern der Land-
tag hat die Oberrechnungskammer in den „Staatsrech-
nungshof“ umgewandelt, dessen Mitglieder jetzt nicht mehr
den Richtern gleichgestellt, sondern den übrigen Staats-
beamten, so daß Präsident Wähle nach Intraittreten dieses
neuen Gesetzes trotz seines für ihn günstigen Alters pen-
sioniert werden kann. — Wer sein Nachfolger werden wird,
steht noch nicht fest. Ursprünglich hatte die Regierung hier-
für den Ministerialdirektor Dr. Schmidt aussersehen, aber es
ist nicht bekannt, ob sie an dieser Absicht noch festhält.

**Die Militärvereine genießen den
Schutz des Staates.** Sämtlichen Militärvereinen wird
von der Bundesleitung mitgeteilt, daß die Militärvereine
den Schutz des Staates genießen und daß jeder Terror
unverzüglich zwecks Bekämpfung angeleitet werden soll.

**Sächsische Gantagung des Deutschen
Arbeiterbundes.** Der im vorigen Jahre in Leipzig
gegründete Gewerband Sachsen des Deutschen Arbeiter-
bundes (Mitglied des Nationalverbandes deutscher Gewer-

schaften) hielt am Sonntag in Worna seine diesjährige
Tagung ab. Aus dem vom Gewerkschaftsführer Stubbat
(Leipzig) erstatteten Bericht ging hervor, daß im Lande
Sachsen die Bewegung in steter Aufwärtsentwicklung
begriffen sei. Mit vier Verwaltungskreisen wurde der Gau
im vergangenen Jahre gegründet, und heute sind schon
18 Jabitellen vertreten. Aus dem weiteren Bericht war
zu entnehmen, daß die nationalgeleiteten Arbeiter auf der
Arbeitsstelle dem stärksten Terror ausgesetzt seien. Nach
einem längeren Referat des Hauptgeschäftsführers Oeh
(Dannover) über die Aufgaben der Organisation in der
Gegenwart, wurde einstimmig folgende Entschließung ange-
nommen: Die heutige Gantagung des Deutschen Arbeiter-
bundes, Bezirk Sachsen, weist darauf hin, daß die Lage der
Arbeitnehmer sich trotz fortwährender Erhöhungen der
Löhne immer schlechter gestaltet. Solange die erzielten
Mehreinnahmen den Arbeitnehmern in Form von uner-
schwinglichen Steuern und Preisen für Lebensmittel und
Bedarfsartikel abgenommen werden, solange steht die
Verwirklichung seiner Wünsche, eine Verbesserung der Lage der
Arbeitnehmer herbeizuführen. Die Verklammerung erachtet,
daß die Regierung sich auf Maßnahmen besinnend und diese
durchführt, mit denen dem Ueberhandnehmen der ungerech-
fertigten Preissteigerungen durch Wucherer und Schieber
Einhalt geboten wird. Sie erwartet ferner von der
Regierung, daß sie die in der Verfassung verankerte
Bereinigungsfreiheit sichert und alle diejenigen zur Ver-
antwortung zieht, die mit Terror und Bedrohung gegen
ihre Mitarbeiter vorgehen, sie brotlos machen und damit
auch die Reichsverfassung untergraben. Die Verklammerung
erwartet von den Arbeitgebern, daß sie dem Betriebsräte-
gesetz und der zuständigen Arbeitsordnung gemäß nach
Recht und Ordnung in den Betrieben seien. Uebergriffe
der Betriebsräte und solche von Angehörigen der Gewerk-
schaften sind im Interesse der Autorität zurückzuweisen und
die Uebelthäter zur Bestrafung zu bringen. Zum Schluß
erwartet die Verklammerung von den nationalgeleiteten
Arbeitnehmern, daß auch sie mit aller Entschiedenheit gegen
den Terror Front machen. Sie fordert die noch Inorgani-
sierten auf, von der Vereinigungsfreiheit im nationalen
Sinne Gebrauch zu machen und sich dem Nationalverband
Deutscher Berufsverbände (Deutscher Arbeiterbund, Leipzig,
Burgstr. 28) anzuschließen.

Dresden. Am Sonntag früh führte aus einem eben
erst vom Hauptbahnhof ausgefahrenen Personenzug auf
den Gleisen des Güterbahnhofes an der Rosenstraße ein
21 Jahre alter Student auf den Bahnkörper hinaus und
blieb beunruhigt liegen. Er hatte eine schwere Kopf-
verletzung und eine Gehirnerschütterung erlitten.

Dresden. Bei der Zwangsversteigerung des von
seinem Eigentümer als „herrenlos“ erklärten Hühnerhofes
Blumenstraße 75 wurde ein Höchstgebot von 201.500 Mark
erzielt. Nach Deduktion aller hypothekarischen Ansprüche
bleiben für den Staatsfiskus — denn der Verkäufer hatte auf
sein Eigentum verzichtet — ungefähr 18.000 Mark übrig.

Dresden. Am Montag morgen in der 9. Stunde
war in der Töpferstraße ein großer Menschenauflauf dadurch
verursacht worden, daß ruckbar geworden war, es sei ein
Einbruch verübt worden und einer der Täter habe auf
Polizeibeamte geschossen. Die auf dieses Gerücht hin von
einem größeren Polizeiaufgebot aufgenommenen Erörte-
rungen hatten nachfolgendes Ergebnis: Eine im Hause
Töpferstraße wohnhafte Frau hatte, als sie aus ihrer
Wohnung heraustrat, die Wahnnehmung gemacht, daß ein Mann
von ihrer Wohnstätte schnell die Treppe herabliefe. Da sie
vor ihrer Wohnstätte eine größere Anzahl Streichhölzchen,
die sie vorher nicht bemerkt hatte, liegen sah und auch der
Strohbeutel nicht mehr in seiner ursprünglichen Lage sich
befand, nahm sie richtigerweise an, daß der wegelaufene
Mann beabsichtigt hatte, in ihre Wohnung einzudringen.
Sie nahm die Verfolgung auf und es gelang ihr nach
längerer Zeit, dem Polizeiwachmeister Brädelein von dem
Sachstande Kenntnis zu geben, der die Verfolgung des
unbekannten Mannes sofort aufnahm. Letzterer war in
das Haus Töpferstraße 2 geflüchtet, wo er im 4. Stockwerk
bei einer dort wohnhaften Familie offenbar zum Schein
trau, ob eine Wohnung zu vermieten sei. In dieser
Situation ist er von dem ihn verfolgenden Polizeibeamten
überfallen worden, der ihn nun nach Legitimationspapieren
befragt hat. Nach den Angaben eines Anwobers hat der
Unbekannte sein Jackett angeknöpft. Gleich darauf hat er
auf den Polizeibeamten zwei Schüsse abgegeben, die den
Polizeiwachmeister Brädelein in den Kopf und Bauch
getroffen haben. Trotzdem der Beamte schwer verletzt war,
hat er sich noch auf den Unbekannten gestürzt und bei
einem nunmehr stundenlangen Kampf scheint sich der noch
mit weiteren Patronen geladene Revolver nochmals ent-
laden zu haben. Der Schuß ist dem Verbrecher in den
Kopf gedrungen. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß
der Unbekannte die Kugelflugweite weiteren Widerstandes
einleend, die Waffe gegen sich selbst gerichtet hat. Der
Beamte sowohl als der Verbrecher wurden in schwer-
verletztem Zustande dem Krankenhaus zugeführt. Das
Gerücht, daß noch eine zweite Verleson an der Sache beteiligt
gewesen sein könnte, ist durch die umfangreichen Erörte-
rungen der Kriminalpolizei nicht bestätigt worden.

Dresden. Am 1. August wird das von der Stadt
in der Johann-Vorstadt mit einem Kostenaufwand von
3,8 Millionen Mark neuerrichtete Licht- und Luftbad „An-
tonovs“ eröffnet. Das Bad umfaßt ein Areal von 3,2 Hektar
und ist für etwa 2000 Personen eingerichtet.

Daußnitz. Der hiesige Wirtschaftsbesitzer Arthur
Mülle sollte in Kleinfagen einer Gerichtskommission zuge-
führt werden, weil er im Verdacht stand, sein etwa sechs
Wochen altes, auferhebliches Kind, das aus einem Verhältnis
mit einer früher bei ihm bediensteten, jetzt in Kleinfagen
lebenden Magd hervorgegangen war, verpflanzt zu haben.
N. hat im Gaihof Kleinfagen durch Erschießen seinem
Leben ein Ende gemacht.

Wagau. Der Bezirksauschuss beschäftigte sich in
seiner letzten Sitzung mit der Einführung neuer Bezirks-
steuer und beschloß die Erhebung einer Verlebenssteuer-
steuer vom ersten Wagen ab für Autoswagen und Schlitten,
sowie eine Erhöhung der Langsteuer. Die Einführung einer
Ledigensteuer wurde einstimmig abgelehnt. Ferner beschäf-
tigte man sich im Hinblick auf die ungenügende Kohlen-
versorgung des Bezirks mit der Frage der Einleitung einer
provisorischen Kohlenaktion, das freilich mit einem Mindest-
betrage von drei Millionen aufgenommen werden müßte.
Der Amtshauptmann bestätigte, daß der Bezirk fast keine
Kohle mehr bekomme. Kreisauptmann v. Nothjohann emp-
findend die Verunsicherung englischer und böhmischer Kohle,
da die Kohlenversorgung höchst unsicher sei.

Wagau. Ein schweres Automobilunglück ereignete
sich am Sonntag auf der Eisenbahnstrecke Wagau-Königs-
wartha-Soyerswerda in dem zwischen Wittichenau und
Soyerswerda gelegenen Dorfe Dörgebauhen. In unmittel-
barer Nähe der Wartehalle befindet sich dort eine Straßen-
überführung. Am Sonntag wollte es der Zufall, daß das
Auto des Tuchfabrikanten Schnabel aus Soyersberg die
fragliche Stelle passierte, als der noch Königswartha
fahrende Soyerswerderer Personenzug die Straße überquerte.
Das Auto wurde mit großer Geschwindigkeit auf den Zug
auf und wurde stark beschädigt. Der Fahrer des Wagens,
Tuchfabrikant Schnabel, wurde durch den Anprall sofort
getötet, seine Ehefrau, der Sohn und der Wagenführer
wurden schwer verletzt. Das Auto war ein ziemlich neuer,
großer Wagen. Die Schuld an dem Unfall soll dem töd-
lich verunglückten Fabrikanten Schnabel treffen, der zu
seinem Chauffeur gesagt habe: „Wir kommen schon noch
berüber“.

Chemnitz. Eine eigenartige Explosion erfolgte in
einem Hause der Gaistraße, als ein dort wohnhafter
18 Jahre alter Handarbeiter auf dem Abort eine Zigarette
anbrachte. Dabei wurde ein Fenster aus der Mauer
gerissen, der im Hofe befindliche Grubenbedel hochgehoben
und der fragliche Arbeiter am Rücken durch Brandwunden
schwer verletzt. Die Ursache der Explosion ist völlig
unbekannt.

Glauchau. Für die städtische Wohnungsbauleihe
in Glauchau sind bisher 154 Zeichnungen mit 2 105 100 M.
eingegangen. An erster Stelle steht die Ortskrankenkasse mit
500 000 M., dann folgt der Bürgerbund mit 450 000 M.

Leipzig. In Leipzig droht ein Streik der Trans-
portarbeiter auszubrechen. Die Forderung der Transport-
arbeiter von 50 Prozent Aufschlag auf die bisherigen Ge-
haltsbezüge bezeichnen die Arbeitgeber als nicht berechtigt.
Daranhin haben die Transportarbeiter von ihrer Haupt-
organisation die Weisung erhalten, sich für heute Dienstag
zu einem Ausstand bereit zu halten. Voraussichtlich wird
der Streik ausbrechen, wenn der Schiedsrichter, der heute
früh in Dresden gefaßt wird, nicht zur Zufriedenheit der
Arbeitnehmer ausfällt.

Vermischtes.

Festgenommen. Aus Lübeck wird gemeldet: Der Volk-
shilfskammer Anwalt, der am Sonnabend 4 Millionen
Mark unterschlagen hatte, ist festgenommen worden. Das
Geld wurde vollständig zur Stelle geschafft.

Explosionsunglück in Spanien. Am Montag früh
explodierte, wie aus Madrid gemeldet wird, eine Dynamit-
patrone in dem Lager des Vertreters einer spanischen
Explosivstoffgesellschaft, wodurch eine Feuerbrunst entstand,
die aber von der Feuerwehr und einer Abteilung Artillerie
auf ihren Herd beschränkt werden konnte. Als gestern vor-
mittags waren 7 Tote und 20 Verletzte aus den Trümmern
des Gebäudes geborgen.

Schweres Tonnenunglück. Aus Lauterbrunnen
(Bern Oberland) wird gemeldet: Am Sonntag abend
stürzte im Roththal beim Aufstieg auf die Jungfrau eine
fährerlose Partie, bestehend aus zwei Herren und einer
Dame, von einer über 100 Meter hohen Felswand zu Tode.
Die Leichen konnten geborgen werden.

Verurteilter Geldschmuggler. Das „D. L.“ berichtet
aus Cleve, daß die dortige Strafkammer am Samstag,
der 12. Juli, einen dort nach Holland schmuggelnde, zu sechs
Wochen Gefängnis und 8000 Mark Geldstrafe verurteilt hat.

Schlachtviehpreise

auf dem Viehhof zu Dresden, Montag, am 31. Juli 1922.
Preise für 50 kg in Mark.

Tierzattung und Bezeichnung	Referenz	Gesamt- Gewicht
I. Rinder: A. Ochsen (Austrieb 188 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	3700-3800	6750-6900
2. Junge, fleischig, nicht ausgewachsene — ältere ausgewachsene	3300-3500	6350-6725
3. Mäßig genährte junge — gut genährte ältere	2500-3000	5325-6350
4. Gering genährte jeden Alters	1800-2300	4500-5325
B. Kühe (Austrieb 142 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	3400-3600	5875-6200
2. Vollfleischige jüngere	2900-3200	5275-5800
3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	2400-2700	4625-5200
4. Gering genährte	1800-2200	4000-4625
C. Kalben und Kühe (Austrieb 283 Stück):		
1. Vollfleischige, ausgewachsene Kalben höchsten Schlachtwertes	3700-3800	6750-6900
2. Vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	3100-3500	6350-6725
3. Veltene ausgewachsene Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	2500-3000	6225-6850
4. Gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	2200-2500	5500-6225
5. Mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben	1400-1800	4125-5275
D. Ferkel (Austrieb — Stück):		
1. Gering genährtes Jungvieh im Alter von 8 Monaten bis zu 1 Jahre	—	—
II. Schafe (Austrieb 380 Stück):		
1. Doppellender	4100-4300	6625-6925
2. Beste Mast- und Sauglämmer	3800-4000	6325-6625
3. Mittlere Mast- und Sauglämmer	3200-3600	5825-6325
4. Geringere Schafe	—	—
III. Schafe (Austrieb 267 Stück):		
1. Mastlämmer und jüngere Mastlämmer	4000-4100	6000-6200
2. Veltene Mastlämmer	3400-3700	7500-8000
3. Mäßig genährte Lämmer und Schafe (Kerbschafe)	1800-2500	4750-7850
IV. Schweine (Austrieb 995 Stück):		
1. Vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis z. 1 1/2 Jahr	6950-7000	8900
2. Fettschweine	7000-7200	8900
3. Fleischige	6500-6700	8500
4. Gering entwickelte	5200-6300	8725
5. Sauen und Eber	5800-6500	8400

Ueberstand: 19 Schweine. Ausnahmepreise über Notiz.
Geschäftsgang: Rinder, Schafe und Schafe mittel, Schweine langsam.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 1. August 1922.

Erhöhung der Eisenpreise.

× Düsseldorf. Der Deutsche Stahlbund teilt mit:
In der gestrigen gemeinsamen Aussprache zwischen Ver-
tretern der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels
nahm die Erörterung über die zukünftige Preisgestaltung
einen breiten Raum ein. Die katastrophale Verschlechterung
der Markt machte alle Erwartungen über das Ausmaß der
vorzunehmenden Preisausgleichungen zunichte, und die Auf-
schläge, die noch in den letzten Tagen genannt wurden,
reichten bei weitem nicht aus, um die ins riesenhafte ge-
stiegenen Herstellungskosten der Werke zu decken. Wie sehr
die Werte gestiegen sind, in den Preisfestsetzungen
Nach zu halten, beweist die Tatsache, daß seit dem
1. April 1922 praktisch nur eine kleine Erhöhung und zwar
um drei Prozent erfolgte, eben Steigerungen, die sich auto-
matisch aus den Kohlenpreiserhöhungen ergeben. Während
die Preise der Erzeugnisse anderer Industrien den Selbst-
kostensteigerungen bisher folgten, deckten die Werke der
Walzwerkindustrie ihre bisherigen Preise ihrer Zulage ent-
sprechend bis Ende dieses Monats trotz der großen Schwierig-
keiten durch. Es ist durchaus nicht erkennbar, daß die dies-
maligen Aufschläge höher als je zuvor ausgefallen sind,
wenn die enormen Mehrkosten in Rechnung gezogen werden,
die, abgesehen von der mit allen Maßnahmen im Zu-
sammenhang stehenden bereits erwähnten Entwertung der
Mark, seit April 1922 eingetreten sind. Hierzu gehören
Verteuerung der Betriebsmaterialien, die stark gestiegenen
Frachten, die verminderte Erzeugung infolge ungenügender
Brennstoffzufuhr, die Notwendigkeit, infolge der starker
Brennstoffanforderungen der Entente englische Kohle zu

